



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/183 - 11. August 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 886 890

"Neues Deutschland" um westdeutsche KP besorgt	S. 1
Indiens traditionelle Vermittlerrolle	S. 2
Vom fröhlichen Lied in Zonen- Schulen und - Kindergärten	S. 4
"Der Soldat und der 20. Juli" (Zu einer Rede)	S. 5

Törichter Hilferuf

sp. Das Zentralorgan der SED, "Neues Deutschland", hat am letzten Sonnabend einen Appell an die SPD gerichtet, der an politischer Begriffsverwirrung nicht mehr zu überbieten ist. Im Hinblick auf ein möglicherweise bevorstehendes Verbot der westdeutschen KPD durch das Bundesverfassungsgericht fordert das Blatt die SPD auf, "die KPD zu verteidigen" und ihrer Verpflichtung nachzukommen, "der Entwicklung zum militärischen Obrigkeitsstaat mit Macht entgegenzutreten." Die Zeitung fügt hinzu, ein Verbot der KP würde den Kampf für die Beendigung der Ära Adenauer erschweren. Darüber hinaus sei "die Wiedervereinigung Deutschlands mit der Unterdrückung der demokratischen Kräfte und der Faschisierung des Westens unvereinbar."

Wie seltsam spiegelt sich doch die Welt in manchen Köpfen! Die Vorschläge des Organs des Ulbricht-Regimes gehen offenbar von der Vorstellung aus, die SPD sei so etwas wie eine Bruderpartei der KP. Natürlich ist auch die Redaktion dieser Zeitung nicht so naiv, selbst an diese These zu glauben. Aber sie unterstellt sie, um von diesem Ausgangspunkt ihren Volksfront-Bruderschaft nachzuhängen. Die Verwirklichung dieser Wunschvorstellung in der Bundesrepublik wäre nämlich, so rechnet man, der einzige Weg, um im Schlepptau des Ansehens der SPD der zur Sekte abgesunkenen westdeutschen KP neues Leben einzuhauchen.

Zuletzt ist in München der Trennungsstrich zwischen Sozialde-

mokratie und Kommunismus scharf und für jedermann unmissverständlich gezogen worden - von allen massgebenden Männern der Partei. Diese Einstellung hat ihren klaren Niederschlag auf verschiedene Weise, vor allem in der Entschliessung zur Sowjetzonenlage, gefunden, die, wie alle anderen, einstimmig angenommen wurde.

Die SPD hat gewiss das Recht und die Pflicht, an vielen, besonders innenpolitischen Entwicklungstendenzen und Erscheinungen in der Bundesrepublik Kritik zu üben und sie macht davon seit Jahren nachdrücklichen Gebrauch. Aber eine kommunistische Unterstützung lehnt sie dabei auf das Entschiedenste ab. Es kann ihr nicht an der Hilfe durch ein System gelegen sein, das in eigenen Machtbereich die brutalste politische Despotie duldet, welche entgegen den Tendenzen in anderen Satellitenstaaten nicht abgebaut wird, sondern um deren Beibehaltung die politische Führung mit äusserster Anstrengung bemüht ist.

Deshalb ist ^{es} absurd und reizt nur zu sarkastischer Betrachtung, wenn "Neues Deutschland" gegen die Entwicklung zum militärischen Obrigkeitsstaat und gegen die Unterdrückung der demokratischen Kräfte in Westdeutschland wettet. In diesem Zusammenhang ist die schon erwähnte Aufforderung besonders bezeichnend, die SPD solle die KP "verteidigen" - offenbar gegen das Bundesverfassungsgericht. So etwas kann man nun einmal hierzulande nicht, ehe das Urteil gefällt ist, selbst nicht, wenn man es wollte. Das oberste westdeutsche Gericht ist nämlich frei in seiner Entscheidung. Aber diese Vorstellung überschreitet wohl die politische Fantasie der ostzonalen Machthaber und ihrer journalistischen Helfer.

+ + +

Ein verrückter Gedanke

Der ehemalige Ägyptische Informationsminister Salah Salan, immer noch dem engen Freundeskreis des Obersten Nasser zugehörig, hat in einem Interview mit dem britischen Massenblatt "Daily Sketch" erklärt, Ägypten werde eher den Suez-Kanal sprengen als unter militärischem Druck auf seine Kontrolle verzichten.

Den Suez-Kanal sprengen, zum Schaden aller und zu keinem Nutzen, welcher ein verrückter Gedanke! Hier erkennt man, zu welcher blindwütigen Konsequenzen sich politische Empfindlichkeit und Leidenschaftlichkeit steigern können, wird besonders deutlich ad absurdum geführt, dass heute noch mit Gewaltandrohung und Gewaltanwendung in der Politik irgendetwas Vernünftiges erreicht werden könnte. Die Äusserung dieses temperamentvollen Ägypters ist die wütende Antwort auf die britische und französische Drohung, unter Umständen die Kanalzone wieder militärisch zu besetzen, wenn Ägypten nicht nachgeben sollte. Diese Drohung war nicht weniger töricht als es die Reaktion darauf ist. - Aber solche Ausbrüche haben auch ihr Gutes. Gerade ihre Hemmungslosigkeit und offenbare Unvernünftigkeit zwingen selbst den politischen Scharfmachern die Erkenntnis auf, dass es nur den Ausweg der Verhandlungen und der friedlichen Einigung gibt. + + + - 2 -

Auch im Suez-Konflikt war und ist Nehru um einen Ausgleich der Gegensätze bemüht. Der folgende Beitrag einer guten Kennerin der Politik Indiens geht auf die schon traditionelle Vermittlerrolle dieses Landes während der letzten Jahre näher ein.

Nehru - aufrichtigster Sachwalter des Friedens

I.D. Der Politik des indischen Ministerpräsidenten Nehru liegt die Einstellung zugrunde, dass Frieden vor allem Ausdruck einer Gesinnung, nicht nur die Abwesenheit von Krieg ist. Sogenannte 'Friedensregionen' zu schaffen und bestehende zu erweitern, ist sein grösstes Bemühen. Diese Einstellung erklärt Indiens Verbleiben in der Commonwealth und Nehrus Beitrag zum Zustandekommen der ersten asiatisch-afrikanischen Konferenz in Bandung im vorigen Jahr. Indiens Verbleiben von allen Blöcken und Pakten und sein Bestreben, mit allen Völkern in gutem Einvernehmen zu leben, ist durch diese Grundhaltung bedingt.

Nehru hat sich auf diese Weise eine Position in der Welt geschaffen, die ihn befähigt, bei ernsthaften Verwicklungen einzugreifen, zu einer positiven Lösung beizutragen und Möglichkeiten für ein friedliches Nebeneinanderwirken der Völker aufzuzeigen.

Die Zusage Indiens, an der Londoner Suez-Konferenz teilzunehmen, hat darin ihre Bedeutung. Die gleichzeitig abgegebene Erklärung, dass mit Ägyptens Teilnahme an dieser Konferenz, die ohne seine Zustimmung einberufen wurde, nicht zu rechnen sei, steigert die Bedeutung der Anwesenheit Indiens in London. Indien übernimmt damit fast zwangsläufig die Rolle des Vermittlers.

Eine Reihe grosser Verdienste

Eine derartige Rolle ist dem Lande nicht zum ersten Mal zugefallen. Man erinnere sich an Indiens wichtigen Beitrag zu den Bemühungen, die Gefahr einer Ausdehnung des Krieges in Korea, die durch die Einmischung Chinas entstanden war, zu verhindern. Damals warnte Indien die Vereinigten Staaten und andere westliche Länder vor den Folgen, die ein Überschreiten des 38. Breitengrades und ein Vordringen auf die chinesische Grenze mit sich bringen würde. Es setzte seine Friedensbemühungen, selbst als der Kampf um Korea weiterging, fort. Nach der Unterzeichnung des Waffenstillstands in Korea war es wieder Indien, das der Repatriierungskommission der neutralen Mächte die Probleme der Nachkriegszeit zu lösen half. In ähnlicher Weise hat Indien eine sehr aktive Rolle bei der Regelung der Indo-China-Frage übernommen. Obgleich Indien in Genf im Sommer 1954 nicht offiziell vertreten war, ist allgemein bekannt, dass seine Vertreter im Hintergrund tatkräftig zum Gelingen der Konferenz beitrugen.

Dies waren sichtbare Erfolge der Friedenspolitik Indiens. Gleichlaufende Bestrebungen, die nicht sofortige Ergebnisse zeitigten, je-

11. 8. 1956

doch die stete Bereitschaft Indiens zur Vermittlung erkennen liessen, hat es aber noch einige gegeben.

Die Gespräche des Ministers Prichana Menon im Auftrag Indiens in den verschiedenen Hauptstädten der Welt zu Zeiten, in denen die Welt vor dem Ausbruch neuer bewaffneter Konflikte zu stehen schien, sind weitere Beweise der Bemühungen Indiens, den Weltfrieden zu erhalten. Nehrus eigene Besuche in Peking und Moskau haben zweifellos wesentlichen Einfluss auf die Machthaber der östlichen Welt ausgeübt, und man möchte annehmen, dass durch Nehrus Einwirken dort auch ein besseres Verständnis für die westliche Welt und die Auffassungen ihrer führenden Vertreter zustande kam. Die von Nehru so geförderte Bandung-Konferenz führte zum ersten Mal dazu, dass sich Kommunisten aus China im Kreise Andersdenkender stellen und zu Zugeständnissen bereitwillig erklärten mussten. Nehrus bisher vergebliche Bemühungen zur Lösung der Formosa-Frage verdienen ebenfalls anerkannt zu werden. Selbst im israelisch-arabischen Konflikt war er bereit, direkt und über Teilnehmerstaaten der asiatisch-afrikanischen Konferenz auf die arabischen Länder einen offenen Konflikt mit Israel zu vermeiden und eine friedliche Lösung anzustreben. Diese Intervention unterblieb infolge der Entspannung der Lage.

*einzuwirken

Zweifache Bürde

Es steht nun ausser Frage, dass Indiens Sympathien im Suez-Konflikt auf seiten Ägyptens zu finden sind. Die Verstaatlichung dieser, für viele Staaten der Welt lebenswichtigen Wasserstrasse war die unzweifelte Antwort Nassers auf die Streichung der Zuwendungen der Westmächte für den Bau des Assuan-Damms. Diese Handlung der Westmächte, die in erster Linie wohl als ein Versuch zu werten war, die wirtschaftlichen Hilfsmöglichkeiten der Russen blosszustellen, bewies Nehru - was Indien am eigenen Leib oft genug erfahren hat - dass der Westen an einer ehrlichen wirtschaftlichen Unterstützung der sogenannten unterentwickelten Länder nur massig und bedingt interessiert ist. Andererseits wird Nehru erkannt haben, dass mit der Nationalisierung des Kanals durch Ägypten ein Politiker eine Macht an sich gerissen hat, der sie nicht unbedingt im internationalen Interesse benutzen werde.

Nehru obliegt nun auf dieser Konferenz eine zweifache Bürde: einerseits muss er als Anwalt Ägyptens auftreten und andererseits die internationalen Interessen, die auch die Indiens sind, zu wahren suchen. Aber die Stimme Nehrus, die sich schon so oft als die Stimme des Friedens und der Vernunft erwiesen hat, wird auch auf dieser Konferenz überzeugender sein als der Trommelwirbel der aufmarschierenden Divisionen der allmählich abdankenden Kolonialmächte England und Frankreich.

+ + +

"Meine Kühe, deine Kühe..."

"Der Feind möchte Krieg, und er gibt keine Ruh',
doch Stalin, der liebt uns und lässt es nicht zu."

Das singen heute noch die Kinder in der Sowjetzone. Die "Tanten" in den Kindergärten haben noch nicht umgeschaltet und meinen, alles, was in so einem Liederbuch aus einem volkseigenen Verlag drinsteht, dürfe in aller Ewigkeit gesungen werden. Bis schliesslich - in Cottbus war es - ein wachsamer Funktionär hinter den impertinenten Personenkult kam und das schöne Lied aus dem Büchlein herausriss. In anderen Kindergärten aber singt es weiter frisch-fromm-fröhlich von dem guten alten Väterchen. Die Funktionäre der SED sitzen vor ihren Rundschreibern, grübeln über mögliche Schleichwege zu geräuschloser Entstalinisierung und vergessen darob völlig, den neuen Kurs ins Kindervolk zu tragen.

Aber von den Stalinhymnen abgesehen, wird es kaum umwälzende Änderungen im sowjetzonalen Gesang geben. Im Gegenteil! Das Lied gilt als ein die "Produktivität der Werktätigen erhöhendes Mittel". Im Kindergarten macht es die Jüngsten zu braven Regimegläubigen - und auf den Exerzierplätzen der "Nationalen Volksarmee" zerschmettert es den allbösen Feind Kapitalismus.

Ein junger Musikerzieher in der Bundesrepublik, Helmut König, hat sich die Mühe gemacht, sämtliche greifbaren Liederbücher der Zone, Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunksendungen, Lehrpläne der Schulen usw. gründlich zu untersuchen. Und er stellte fest, dass das Lied drüben längst nicht mehr eine Gemeinschaftserziehende Aufgabe hat, sondern die ekstatische Übersteigerung der "Errungenschaften" will und nichts mehr als eine Art Plonstök darstellt. Während z.B. der Nordwestdeutsche Rundfunk wöchentlich im Durchschnitt (die Beobachtungen wurden über ein halbes Jahr hin angestellt) 280 Minuten auf reine Liedsendungen verwendet, sind es beim zonalen Deutschland-Sender 738 Minuten. Die Musikalienläden in der Zone sind prallvoll von "fortschrittlichen" Liederbüchern - die wenigen Ausgaben klassischer Musik verbergen sich schamhaft unter den Ledertischen.

Das Notenangebot eines führenden Verlages enthält: deutsche Volks-

11. 8. 1956

Lieder 40 Titel, deutsche politische Lieder 87 Titel, russische politische Lieder 32 Titel. Bei einem anderen Verlag stehen 118 Titeln deutscher klassischer Chormusik 189 Titel politischer Lieder gegenüber. Das Musikalische ist in allen Fällen höchst unwichtig: die Melodien sind von gleichbleibender Öde und Einfallslosigkeit. Wichtig ist nur der Text. Und da lesen wir denn: "Hochöfen lodert, Planziffern brennt!", das zutiefst lyrische Lied vom fleissigen Bergmann: "Er fördert die Kohle, die Leistung steigt an, getrieben vom Mahnruf: Fünfjahresplan!" Die Wiedervereinigung kommt in den Liedern natürlich auch nicht zu kurz. Zwar singt es nicht von freien Wahlen und echter Verständigung, doch dafür dröhnt es unmissverständlich: "Schwören wir auf die Einheit, wird uns unser Deutschland ganz gehören."

Recht karmlos hört sich dagegen der Gesang der LPG-Kinder an: "Meine Kühe, Deine Kühe stehen nun im gleichen Stall. Dein und mein sind unsre Kühe und sie werden rund und drall." Es könnte gut der Gesang der Minister genannt werden, das Lied der "Nationalen Front" oder der zwangsvereinigten SED.

Was würde der verbliebene Josef Stalin wohl sagen, wenn er im Hades erführe, dass die Hymnen auf den Rindvieh heute höher im Kurs stehen als der ihm zu Lebzeiten gesungene Lob- und Preisgesang?

stö-

+ + +

Worte, die nachdenken lassen

Der Major Dr. Trentschel aus dem Bundesverteidigungsministerium hat vor dem ersten Lehrgang für höhere Offiziere in Sonthofen eine Rede über das angeführte Thema gehalten, die jetzt gedruckt vorliegt und die zu lesen sich lohnt (Major Dr. Trentschel: "Der Soldat und der 20. Juli." Wehr und Wissen, Verlagsgesellschaft Darnstadt). Hier spricht ein jüngerer begabter, gewissenhafter Offizier.

Die Aufgabe des Redners ist, zum Denken und zu eigener Gewissensentscheidung gegenüber dem Widerstand, der mit dem 20. Juli am eindrucksvollsten bezeichnet wird, aufzurufen. Das geschieht ohne falsches Pathos. Der Offizier muss sich nicht nur um seiner selbst willen entscheiden, er muss es auch seinen jungen Soldaten gegenüber, die ihn

fragen werden, denen er antworten muss.

Unter den vielfachen Hemmungen, die einer persönlichen Entscheidung über die Frage entgegenstehen, nennt Trentzsch sehr richtig die verbreitete Unkenntnis der Tatsachen zuerst, sodann die kaum zu überschätzende Nachwirkung der nationalsozialistischen Diffamierung aller Nonkonformisten. Dem einzelnen stellt er vor die Frage, ob seine Unentschiedenheit nicht Folge der unbewältigten eigenen Vergangenheit sei, in der er Pflichten getreulich erfüllt habe, doch in dem nagenden Gefühl, dabei schändlich missbraucht worden zu sein. Unüberwundene individuelle Vergangenheit solcher Art führt zu Verhärtung. Man darf aber keine "Geschichtslücke aus Passivität entstehen lassen." Alles kommt darauf an, das Gewissen wach zu halten.

Natürlich kann der Verfasser auch die psychologischen Schwierigkeiten nicht übersehen, die sich aus der kollektiven Verurteilung und schlechten Behandlung deutscher Soldaten, der Tapferen und Ausgezeichneten zumal, in den ersten Nachkriegsjahren ergeben.

Nur ein entschiedener Standpunkt gegenüber dem Totalitarismus, den Trentzsch gut charakterisiert, ermöglicht eine richtige und gerechte Stellung zum Problem des Widerstandes. Die "selektive Geschichtsauffassung" des Nationalsozialismus, seine gewissenlose Verwendung der Geschichte als propagandistisches Kampfmittel, das willkürliche Zerrbild des Gegners, der stets minderwertig ist, die Isolierung der Denkenden und Gewissenhaften, der Terror - das alles und vieles mehr muss erkannt werden, um den sittlichen Rang des Widerstandes zu begreifen.

Dr. Trentzsch weist, dass es nicht damit getan ist, eine möglicherweise erwünschte Antwort nur im Munde zu führen. Hier muss nachgedacht, die Passivität gegenüber den historischen Tatsachen deutschen Widerstandes aus Gewissen aufgegeben werden. Denn "der Soldat hat - wie alle anderen Staatsbürger - die Pflicht, über die Bewahrung von Recht und Sitte im Staat zu wachen", sich gegen ihre Kränkungen "rechtzeitig und energisch zu wehren."

Das ist ein guter vertrauenerweckender Standpunkt. Die Art, wie der Major ^{mit} seinen Kameraden, von denen viele älter sein werden als er, über eine Grundfrage unseres staatlichen Neubeginns zu reden weiss, ist aner kennenswert. Für die weitere innenpolitische Auseinandersetzung kann aus seiner Methode gelernt werden.

E. R.